

Deutschland eine Postdemokratie?!

Postdemokratie bezeichnet ein politisches System, in dem es nicht auf die Beteiligung der Bürger (als Input gesehen), sondern nur auf Ergebnisse ankommt, die dem Allgemeinwohl dienen und dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit genügen (Outputorientierung). In Bezug auf kollektiv verbindliche Entscheidungen wird dabei demokratischen Verfahren nur instrumentelle Bedeutung zugemessen. Sie erscheinen nützlich, wenn und insofern Mehrheitsentscheidungen oder demokratisch kontrollierte hierarchische Entscheidungen geeignet sind, allgemeinwohlorientierte Politik hervorzubringen.

Dabei wird im Gegensatz zur Pluralismustheorie angenommen, dass das Allgemeinwohl objektiv bestimmbar sei und Interessenkonflikte nicht in demokratischen Verfahren ausgetragen, sondern durch Verwaltungsvorgänge aufgehoben werden sollten.

Die gewählten Repräsentanten verlagern dabei ihre Kompetenzen (und damit die Verantwortung) auf Experten, Kommissionen und Wirtschaftsunternehmen. Der Bürger wird dabei nicht als der Souverän betrachtet, in dessen Auftrag entschieden werden muss, sondern der befähigt werden muss, den vorgegebenen Anforderungen des Allgemeinwohls, meist verstanden als die Bedingungen des globalen Marktes, gerecht zu werden.

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch bezeichnet in seinem Werk Postdemokratie die Postdemokratie idealtypisch (das heißt, dass etwas in dieser reinen Form nirgends existiert, es aber der besseren Vergleichbarkeit dient) als „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“.

Seine idealtypische Definition der Demokratie „setzt voraus, dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; dass diese Menschen ein gewisses Maß an politischen Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“

Eine seiner Thesen ist, dass sich die heutigen Demokratien dem Zustand der Postdemokratie immer mehr annähern und so in den heutigen Demokratien der „Einfluss privilegierter Eliten“ zunimmt.

Zu den privilegierten Eliten zählen vor allem „bestimmte Unternehmer“, die durch Lobbyismus wesentlich größeren Einfluss auf die Regierungen haben als andere Interessengruppen oder Nichtregierungsorganisationen. Unter anderem deswegen verfolgen die Regierungen seit den 1980er Jahren eine neoliberale Politik, die die Privatisierung fördert und die Bürger mehr Selbstverantwortung aufbürdet. Crouch stellt die These auf, dass „je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn - mehr oder minder unbemerkt - zu einem Selbstbedienungsladen machen.

In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.“

Eigenschaften

Durch den Begriff Postdemokratie kann man nach Crouch besser „Situationen beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen

Repräsentanten mächtiger Interessengruppen weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen »von oben« dazu überreden muss, überhaupt zu Wahl zu gehen.“

Verfall politischer Kommunikation

Ein weiteres Kennzeichen der Postdemokratie ist „der Verfall der politischen Kommunikation“ hervorgerufen unter anderem durch die Werbeindustrie und die Einführung des Privatfernsehens. Die Medienunternehmen sind „heute ein Teil des kommerziellen Sektors“ und „die Kontrolle über diese Medien [befindet] sich in den Händen von sehr wenigen Menschen konzentriert.“ Beispiel sind Silvio Berlusconi oder Rupert Murdoch. „Die Übernahme der Methoden hat den Politikern dabei geholfen, das Problem der Kommunikation mit dem Massenpublikum zu lösen; der Demokratie selbst haben sie damit einen Bärendienst erwiesen.

exklusive Privilegien weniger

Ein weiterer Aspekt ist nach Crouch die „Rückkehr der politischen Privilegien für bestimmte Unternehmer - unter dem Deckmantel der Rhetorik der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs.“

scheinbarer Verlust von Klassen

Ein Symptom der Postdemokratie ist, dass viele davon überzeugt sind, dass „es keine sozialen Klassen“ mehr gäbe. Dies beruht auf den „Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse“ und dem „fehlenden Zusammenhalt der übrigen Klassen“ obwohl es in der westlichen Welt erhebliche Reichtumsunterschiede gibt.

Auswege nach Crouch

Crouch gibt drei Ebenen an, um den anscheinend „unaufhaltsamen Kurs in Richtung Postdemokratie“ zu ändern:

„Erstens mit Maßnahmen, die darauf zielen, die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen; zweites mit Reformen der politischen Praxis als solcher und drittens gibt es Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern selbst offenstehen.“

Der letzte Punkt soll „neue Identitäten“ mobilisieren die z. B. über Bürgerversammlungen den Beteiligten Handlungsmöglichkeiten geben soll.

Diese neuen Bewegungen sollen „einen Beitrag zur demokratischen Vitalität“ geben und „die Politik davor bewahren, zu einem manipulativen Spiel unter Eliten zu verkommen.

Eine Tendenz zu Postdemokratie ergibt sich aus der Bildung internationaler Zusammenschlüsse, innerhalb derer es noch keine gemeinsame öffentliche Diskussion und keine abgesicherten Strukturen zur Bildung eines Konsensus aufgrund demokratischen Austrags von Interessenkonflikten gibt. Ein Beispiel dafür stellt die Europäische Union dar, deren Demokratiedefizit (Demokratiedefizit der Europäischen Union) allerdings teilweise in Abrede gestellt wird. Dementsprechend werden auch politische Vorschläge, dieses Demokratiedefizit zu beseitigen, in konkreten Reformvorhaben am politischen System der EU, insbesondere im EU-Verfassungsvertrag, nicht ausreichend berücksichtigt.

Quelle: Wikipedia